

1 **Unterstützung der Solidaritätskampagne mit den demokratischen Kräften in der Türkei**  
2 **Nein zu Waffenexporten**

3 In der Türkei kämpfen soziale Bewegungen, linke Parteien, Studierende und Intellektuelle, Frauen  
4 und ArbeitnehmerInnen für Menschenrechte, Demokratie und Frieden. Humanistisch gesinnte Men-  
5 schen sind damit konfrontiert, dass der türkische Präsident Erdoğan in der Türkei Demokratie und  
6 Menschenrechte schleift, das Land mit Hilfe der faschistischen MHP immer weiter in einen Bürger-  
7 krieg zieht und selbst vor militärischen Interventionen in Syrien nicht zurückschreckt, um sich an  
8 der Macht zu halten. Die Einschüchterungen fortschrittlich gesinnter Menschen durch das türkische  
9 Regime reichen längst bis nach Deutschland.

10 Die Große Koalition trägt Mitschuld an diesen Verbrechen: Die Rüstungsexporte an die Türkei wer-  
11 den ausgeweitet, das Land ist innerhalb eines Jahres von Platz 25 auf Platz acht der Empfängerlän-  
12 der deutscher Waffen aufgestiegen, liegt direkt hinter Saudi-Arabien.

13 Gegen die Gewalt von oben steht die internationale Solidarität aus der Zivilbevölkerung. Wissen-  
14 schaftlerInnen, Kulturschaffende, Gewerkschaften und viele andere haben in Reaktion auf die Re-  
15 pressionswelle die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei ausgeprägt und  
16 wenden sich damit einhergehend gegen die opportunistische und fatale Politik der Bundesregierung.  
17 Dort wo hier kommt es für den Frieden auf die Bevölkerung an.

18 Das Studierendenparlament begreift sich als Teil dieser globalen Emanzipationsbestrebungen. Es  
19 setzt sich für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen, für Demokratie und Menschenrechte  
20 weltweit ein. Es fordert die Universität Köln auf, sich verstärkt für die Freiheit der Wissenschaft  
21 und entsprechend die Freiheit und Unversehrtheit der Wissenschaftenden weltweit einzusetzen  
22 einzusetzen.

23 Insbesondere unterstützt und verbreitet das Studierendenparlament den Offenen Brief, den Kultur-  
24 schaffende, WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und weitere gesellschaftlich engagierte  
25 Menschen hierzulande in Solidarität mit den „Academics for peace“ und mit Sharo Garip initiiert  
26 haben. Sharo Garip ist deutscher Staatsbürger und ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter der  
27 Universität zu Köln. Er ist in der Türkei angeklagt, einzig weil er den Aufruf der „Academics for  
28 peace“ unterzeichnet hat, und darf die Türkei nicht verlassen.

29 Es fordert den AStA auf, dafür zu sorgen, dass der Offene Brief mit der Aufforderung zu unter-  
30 schreiben an alle Studierenden verschickt wird.

31 Das Studierendenparlament setzt sich gegen deutsche Rüstungsexporte ein und fordert insbesondere  
32 den sofortigen Stopp deutscher Waffenexporte in die Türkei.

33 Wir müssen, weil wir den Frieden wollen, die Politik in die eigenen Hände nehmen.

*Dokumentiert:*

**Offener Brief**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Außenminister,

kaum ein Tag vergeht, an dem sich die Menschenrechtslage in der Türkei nicht verschlechtert. Nicht  
erst seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli geht die Regierung gegen die demokratische Op-  
position vor. Nach wie vor wird der brutale Krieg im Osten des Landes gegen die kurdische Bevöl-

kerung fortgesetzt. Alleine seit dem Abbruch der Friedensverhandlungen vor einem Jahr wurden hunderte Zivilisten durch türkische Spezialeinheiten umgebracht, mehrere Städte im Südosten der Türkei komplett zerstört und hunderttausende Menschen zu Obdachlosen. Ohne die politische Duldung der deutschen Bundesregierung könnten diese schweren Menschenrechtsverletzungen durch die türkische Regierung nicht ungeniert stattfinden.

Ebenso wenig Verständnis haben wir dafür, dass – bisher unbemerkt von der politischen Öffentlichkeit – ein deutscher Staatsbürger seit Januar 2016 in der Türkei festsitzt und von den türkischen Behörden an der Ausreise gehindert wird.

Der Politikschaffler Dr. Sharo Ibrahim Garip hat an der Kölner Universität bis 2004 studiert und am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft promoviert. Vor zwei Jahren hatte er als Dozent an der Universität in Van im Osten der Türkei einen Lehrauftrag angenommen. Ihm wird vorgeworfen, Propaganda für eine Terrororganisation betrieben zu haben. Dabei war und ist sein einziges Vergehen, einen Aufruf der Initiative „Akademiker für den Frieden“ unterschrieben zu haben. Die Initiative „Akademiker für den Frieden“, die inzwischen mit dem Aachener Friedenspreis 2016 ausgezeichnet wurde, fordert in diesem Aufruf ein Ende des brutalen Krieges im Osten der Türkei und stellt klar, dass sie sich an diesem Verbrechen nicht mitschuldig machen werden. Diese Forderung, die trotz massiver Repression inzwischen von über 2.200 Akademikern unterzeichnet wurde, legt den Finger in die Wunde des Problems und fordert eine friedliche Lösung am Verhandlungstisch.

Wir fordern daher die Bundesregierung dazu auf:

Politisch dafür zu wirken, dass die türkische Regierung die Gewalt im Osten der Türkei beendet und die Friedensverhandlungen mit den kurdischen Organisationen wieder aufnimmt. Es kann und darf kein Wegschauen und kein „Weiter so“ geben, weil Menschenrechte universell sind und keinerlei politischem Kalkül, wie der Aufrechterhaltung des Flüchtlingspakts, zum Opfer fallen dürfen.

Wir erwarten ferner von der Bundesregierung, dass sie mit deutlicher Stimme die Einhaltung der nicht verhandelbaren, universellen Rechte auf Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, Presse- und Religionsfreiheit von der türkischen Regierung einfordert und damit endlich der demokratischen Opposition den Rücken stärkt!

Außerdem fordern wir die Bundesregierung dazu auf, unverzüglich dafür zu sorgen, dass Herr Dr. Sharo Ibrahim Garip sein Recht auf Reisefreiheit wahrnehmen und die Türkei verlassen kann. Er ist seit Mitte Januar 2016 von seiner Dozententätigkeit suspendiert und wartet seit über acht Monaten in Istanbul auf seine Ausreise nach Deutschland. Dr. Garip muss seitens des diplomatischen Dienstes intensiver betreut und finanziell unterstützt werden. Es kann nicht angehen, dass deutsche Staatsbürger aufgrund einer Äußerung als Akademiker von einem Partnerland wie der Türkei als Verbrecher behandelt werden. Die Anklagen gegen die „Akademiker für den Frieden“ müssen fallen gelassen werden.